

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Auslieferer und für Außerorts die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die Rubensspaltenzeitung für Anzeigen aus Aue und Umgebung zu Goldpreisen, auswärtige Anzeigen zu Goldpreisen, National-Anzeigen zu Goldpreisen, amtliche Zeile zu Goldpreisen.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1008.

Nr. 219

Freitag, den 19. September 1924

19. Jahrgang

Revolverpolitik.

„In der Not frisst der Teufel Fliegen.“ sagt das Sprichwort. Warum also soll Herat nicht in der Not, in dem verzweifeltsten Kampf um Ministerposten, der zugleich ein Kampf um seine Existenz als Parteivorsitzender ist, gleichfalls zu den gewagtesten Mitteln greifen? Und so setzte er sich hin und verfasste für die deutschnationale Korrespondenz eine „Parole der Deutschnationalen“, die aber in Wirklichkeit eine Aufforderung an die Regierung und die Regierungsparteien ist mit dem Leitmotiv: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir dein Schwert ein.“ Herat läßt sich nämlich, kurzgefaßt dahin vernehmen, „laßt uns in die Reichsregierung hinein, oder wir treiben schärfste Opposition mit allen verfügbaren Mitteln!“ Das heißt auf deutsch: Wir sind bereit, mit euch den Londoner Pakt durchzuführen, wollt ihr uns aber nicht aufnehmen, so werden wir die Durchführung eben dieses Paktes auf jede Weise zu verhindern suchen. Gibt es eine unwahrscheinlichere gewissenlosere Politik als diese? Bisher hat doch die Rechte wenigstens den Schein zu wahren gesucht, als ob sie sachliche Opposition treibe, so ungläubig, daß auch im Hinblick auf die verschiedenen Wendungen und Schwankungen deutschnationaler Politik von vornherein war. Jetzt aber wird mühsam verhängelt, erklärt, daß für die Haltung der Deutschnationalen, ob sie bei der Durchführung der Dawesgesetze mit ja oder mit nein stimmen werden, einzig und allein der Umstand maßgebend ist, ob in der Regierung einige deutschnationale Minister sitzen werden oder nicht. So brutal hat sich der Egoismus der Reaktion noch niemals bloßgestellt!

Und was für Männer sind es, die der jetzigen Regierungskoalition derartig den Revolver auf die Brust zu legen wagen? Sind es Politiker, die unter der Wucht der tatsächlichen Entwicklung ihre frühere Meinung zu ändern gezwungen sind, die ihre bisherige Überzeugung zwar schweren Herzens aufgegeben haben, sich nun aber mit männlicher Offenheit zu ihrem neuen Glauben bekennen? Nichts von alledem! Der Urheber der Kundgebung in der deutschnationalen Korrespondenz ist ohne Zweifel Herat selbst, derselbe Herat, der am 20. August gegen das Eisenbahngesetz und damit gegen den Londoner Pakt stimmte zusammen mit dem Grafen Westarp und den sonstigen Hauptführern der Partei. Und diesem Herat und Westarp, die das Abkommen noch mit dem Stimmzettel in der Hand bekämpft haben, sollen nunmehr Regierungssitze einzuräumen werden zu dem Zweck einer loyalen Durchführung des Paktes?

Es hieße doch wohl die Nativität auf die Spitze treiben wollte man bei der Ausführung der Dawesgesetze diesen Bod zum Gärtner machen. Dabei ist es durchaus nicht Herat allein, der das eigentümliche Verlangen stellt die Deutschnationalen möchten in die Regierung aufgenommen werden, um desto bequemer dem Londoner Pakt das Garau machen zu können. Dieser Gedanke kehrt in einer großen Reihe von Entschuldigungen deutschnationaler Landesorganisationen wieder, ebenso wie in der Parteipresse und nicht minder in der neuesten „Parole“, die vermutlich den Parteilern, die für den Londoner Pakt gestimmt haben und bemächtigt sind nach Möglichkeit und ohne geheimen Vorbehalt seinen Inhalt zu erfüllen, den Eintritt der Deutschnationalen in das Reichskabinett damit besonders schmachtlich machen will. Im Vergleich mit dem heuchlerischen Ansehen der Deutschnationalen Korrespondenz, erscheinen die Thüringer Deutschnationalen denn doch durchaus sympathisch, die die Übernahme von Ministerposten durch Mitglieder der Rechten nur dann für möglich erachten, wenn die ganze Regierung sich auf den Boden deutschnationaler und völkischer Bestimmung stellt, und die deshalb, da hiervon auf absehbare Zeit nicht die Rede sein kann, dem Eintritt in die Regierung widersprechen.

Die Antwort Stresemanns auf die deutschnationale Parole läßt denn auch an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und fordert als eine unerlässliche Voraussetzung einen entschiedenen Kurswechsel der Deutschnationalen. „Die Fufage der Deutschen Volkspartei“, so schreibt die „Zeit“, das Organ Stresemanns, „geht von der Verehrlichkeit der Deutschnationalen aus die Verantwortung für die Londoner Abmachungen mit zu übernehmen. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese Übernahme der Verantwortung nun auch die Grundlage sein muß auf der allein die Anteilnahme der Deutschnationalen an der Regierung zustande kommen kann. Mit der Annahme der Londoner Abmachungen hat der Reichstag und haben die Deutschnationalen selbst anerkannt, daß die Durchführung des Sachverständigenratens nunmehr die Richtschnur unserer Politik sein soll. Die Deutschnationalen werden sich also zu diesem Kurs bekennen müssen, wenn sie an der Regie-

Verhaftung nationalsozialistischer Führer.

Neue Putschdrohungen?

Das Bureau des Ludendorffschen Frontbanns in München geschlossen.

München, 17. September. Aus Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde die Geschäftsstelle des vom General Ludendorff begründeten und geleiteten Bundes „Frontbann“ polizeilich geschlossen und der Geschäftsführer, Leutnant Oswald, verhaftet. Gegen die Organisation „Frontbann“ ist von der Staatsanwaltschaft ein Verfahren eingeleitet worden, das die Auflösung und das Verbot dieses Bundes bezweckt.

Im Zusammenhang damit nahm die Polizei an verschiedenen Stellen Durchsuchungen vor, bei denen schriftliches Material beschlagnahmt wurde, und verhaftete verschiedene Persönlichkeiten der völkischen Bewegung, darunter Dr. Weidling, Dr. Frank und Oberleutnant Brüdner. Das Vorhaben der Staatsanwaltschaft wird mit dem Versuch der Verhafteten begründet, die nach dem Hitler-Putsch aufzulösen und verbotenen Organisationen fortzuführen. Dr. Weidling ist beschuldigt, an Stelle des inhaftierten Dr. Webers den verbotenen Bund „Oberland“ zu leiten. Dr. Schramm, ein Sohn des Reichsbürgers im Hitler-Prozess, ist inzwischen wieder aus der Haft entlassen worden.

Der nationalsozialistische Stützpunktführer, Oberleutnant Brüdner, einer der Beurteilten im Hitler-Prozess, wird be-

schuldigt, mit einer gewalttätigen Aktion gedroht zu haben, falls Hitler, Kriebel und Dr. Weber nicht nach sechsmonatiger Strafverbüßung freigelassen werden. Man sah in den letzten Tagen denn auch schon wieder uniformierte Potentkruzierer auf Kasautos demonstrativ durch die Stadt fahren.

Nach der milden Beurteilung die die Putschisten des Bürgerbräukellers einschließlic des Oberleutnants Brüdner vor dem Volksgericht gefunden haben, können die neuerlichen Putschdrohungen nicht wundernehmen. Hoffentlich wird jetzt durch das Eingreifen der Staatsanwaltschaft, das zweifellos im Einvernehmen mit der bayerischen Regierung erfolgt, diesem verpöbelten und unzeitgemäßen Spul ein Ende gemacht.

Die fünf Führer des Frontbanns.

München, 17. Sept. Außer Oberleutnant Brüdner, Leutnant Oswald und Dr. Weidling sind auch Hauptmann v. Krauger und Oberleutnant v. Prosch in Haft behalten worden. Die Verhafteten werden nach Abschluß ihrer Vernehmung durch die Staatsanwaltschaft dem Gericht zur Entscheidung der Haftfrage vorgeführt. Alle fünf sind führende Persönlichkeiten des „Frontbanns“ in dem die Organisationen „Frontbann“, „Frontkriegerbund“ und „Frontjugend“ zusammengefaßt sind.

Die Einigung in Genf.

Anerkennung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit in politischen und juristischen Streitfällen.

Zwischen der englischen und französischen Delegation ist es jetzt zu einer Einigung über die Abrüstungsfrage gekommen und zwar in folgenden Punkten: Anerkennung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit für alle politischen und juristischen Streitfälle. Alle bisher noch bestehenden Paragraphen des Völkerbundespaktes die die Möglichkeiten für Kriegszustände offenlassen, sollen ausgeschrieben werden. England hält seine Flotte dem Völkerbunde für möglichwerdende Sanktionen gegen Angreifer zur Verfügung. Ferner ist grundsätzlich anerkannt worden, daß die Probleme Abrüstung und Sicherheit nicht voneinander zu trennen sind. Bei dieser übereinstimmenden Einigung hat Minister Benech erfolgreich vermittelt. Lord Parmoor und Loucheur erklärten zu Journalisten, daß es auf keinen Fall am guten Willen Englands und Frankreichs liege, wenn es jetzt nicht sehr bald zu einer allgemeinen Einigung und zur baldigen Einberufung einer internationalen Abrüstungskonferenz kommen würde.

Genf, 17. Sept. Die Kommissionsarbeiten werden noch diese Woche ausfallen. Am Freitag findet die letzte Vollversammlung statt. Die ganze nächste Woche hindurch werden die Ergebnisse der Kommissionsberatungen in zwei Vollversammlungen sachlich behandelt und die von den Kommissionen vorgeschlagenen Resolutionen erörtert werden. Die vierte Untersuchungskommission der Abrüstungskommission beriet heute vormittag den Entwurf des neuen „Sicherheits-, Sanktions- und Garantienabkommens“ weiter.

Owen Youngs Bericht vor der Reparationskommission.

Paris, 17. Sept. Ueber den gestrigen Vortrag des Generalagenten für die Reparationszahlungen Owen Young vor der Reparationskommission wissen die in Paris erscheinenden amerikanischen Zeitungen einige bemerkenswerte Einzelheiten mitzuteilen. Dem „New York Herald“ zufolge erklärte Young, daß die deutsche Reparation bei der Durchführung des Dawesplanes keinerlei Schwierigkeiten bereiten werde, im Gegenteil habe er in Deutschland unerwartete Bereitwilligkeit gefunden mit der neuen Organisation in jeder Weise zusammenzuarbeiten. Die Zahlungskristen seien ohne Verzögerung eingehalten worden. In Deutschland wachse das Vertrauen, daß der Dawesplan Deutschlands Rettung bedeute. Insbesondere werde die Anleihe von 800 Millionen Goldmark im nächsten Monat mühelos zustande kommen und auch die Industrie- und Eisenbahnobligationen würden gezeichnet werden. Young stellte den Antrag, daß das Personal, das den Dawesplan durchzuführen soll, möglichst billig bezahlt werde, weil Erparnisse gemacht werden sollen, und weil eine ungeheure Anzahl von Beamten ernannt werden müsse was zu Reibungen Anlaß geben würde, wenn allzu hohe Gehälter gezahlt würden. Der Präsident der Reparationskommission Barthou drückte Young seinen Dank für seine bisherige Tätigkeit aus, insbesondere dafür, daß er seine Vermittlungstätigkeit zwischen Deutschland und den Alliierten ohne Schwierigkeiten verrichtet habe. Es seien ausgezeichnete Resultate erreicht wor-

runge Anteil haben wollen. Es ist selbstverständlich, daß wir auch im Rahmen der Londoner Abmachungen uns das Recht nicht nehmen lassen, für Widerungen und Abänderungen zu kämpfen. Aber ebenso selbstverständlich ist es auch, daß eine Partei, die an der Regierungsverantwortung teilnehmen will grundsätzlich diejenige Regierungspolitik anerkennt, die sich aus der Unterzeichnung der Londoner Abmachungen und der Zustimmung des Reichstages von selbst ergibt. In einer solchen klaren Zustimmung haben es die Deutschnationalen als Gesamtpartei bisher fehlen lassen. Der Versuch, durch Drohungen einzuschüchtern, wird fehlschlagen.

Werden Herat und seine Bestimmungsgenossen diesen geforderten Kurswechsel vornehmen? Nachdem Herat erst kürzlich in einer Rede in Gleiwitz die Verantwortung die Deutschnationalen durch ihren Eintritt in die Regierung an der Verwirklichung der Dawesgesetze übernehmen wollen, dahin umgeschrieben hat, daß er es als die Aufgabe seiner Partei bezeichnet, diese Gesetze zu sabotieren, ist ein derartiger scharfer Kurswechsel wie ihn Stresemann fordert, von den Deutschnationalen kaum zu erwarten. Das wäre der Gipfel der politischen Bewissenlosigkeit.

Die Kriegsschuldfrage bei den Älten.

Berlin, 17. Sept. Nach den mehrfachen Erklärungen des Reichsaussenministers Dr. Stresemann und nach den offiziellen Verlautbarungen durch das Volkswirtschaftliche Reichsamt ist es gut wie gar kein Zweifel mehr, daß die Sitzung des Reichskabinetts am 22. September unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten über die Notifizierung der Kriegsschuldfrage nicht beschließen wird.

Sehr zutreffend bemerkt der „Berliner Börsen-Kurier“: Einstweilen wird nichts erfolgen, die Frage ist erledigt. Die Notifizierungsankündigung durch Stresemann mit samt den innerpolitischen Verabredungen, aus denen sie entstanden ist, liegt bei den Älten.

Lord Parmoor und Dr. Stresemann.

Ein Mißverständnis?

Berlin, 17. Sept. Als Entgegnung auf die Erklärungen Lord Parmoors gegenüber dem Genfer Korrespondenten des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ wurde am Dienstag folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht:

„In einem Telegramm des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ werden Versicherungen von Lord Parmoor verbreitet, die sich auf Verhandlungen mit dem Reichskanzler und dem Außenminister über die Frage des Eintritts in den Völkerverbund beziehen. Wir wissen nicht, ob die Versicherungen Lord Parmoors tatsächlich gefallen und vom „Sozialdemokratischen Parlamentsdienst“ richtig wiedergegeben sind. Tatsächlich hat aber Lord Parmoor, anlässlich der Anwesenheit des Reichskanzlers des Außenministers und des Finanzministers Dr. Luther, am Sonntag 10. August, in Genf mit seinem der deutschen Delegierten über die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerverbund gesprochen.“

Dazu schreibt der „Soz. Parlamentsdienst“: Wir haben sofort Gelegenheit genommen, unseren Genfer Korrespondenten auf telegraphischem Wege um eine Gegenklärung Lord Parmoors zu bitten.

in
Liter.
Besolich.
Str. 7-9.
Billig!
Maumen
Bahnhof Aue
Lehmann.
e! Nr. 19-
maschine.
Inerstraße 26.
chnell
el des
lattes.
ue
nnntag
enschlager
elen
ame
m.
em Liebes-
rau.
gen
n.
gen:
3/4 Uhr.
schrucht,
e Mutter,
rau
öhm
schlages
m
e.
blafen
straDe 7
ld
hr
et
so